

nem Zeitpunkt, als die rechtsgerichtete *Arena-Partei* die Parlamentswahlen gewann und 32 der insgesamt 60 Abgeordnetensitze errang. Ihr Gründer und starker Mann *d'Abuissou*, wegen seiner Verbindungen zum Rechtsextremismus berüchtigt, läßt den Populisten *Cristiani* für das Präsidentenamt kandidieren. Die „Arena“ hat den Rückhalt der Armee, der reformfeindlichen Oberschicht, aber inzwischen auch der Teile der Bevölkerung, die in Duarte einen allzu schwachen Präsidenten sehen.

Es heißt, die heutige „Arena“ sei nicht mehr mit der rechtsradikalen Partei Ende der siebziger Jahre identisch; mit ihrem Erstarken habe sie auch gemäßigten Kräften Raum gegeben. Es trifft zu, daß sie sich weniger radikal gibt und die Dialogbereitschaft der Regierung nicht mehr als Landesverrat bezeichnet. Fest steht aber auch, daß z. B. die Kirche bei ihren Bemühungen um Gefangenen- und Verwundeten austausch in der letzten Zeit auf eine weniger konzessionsbereite Armee trifft, die unter einem sich möglicherweise abzeichnenden Machtwechsel bereits Selbstbewußtsein demonstriert. Die paramilitärischen Kommandos sind wieder aktiver geworden – ein weiteres Anzei-

chen für einen möglichen Rechtsruck in der politischen Landschaft.

Die von den Amerikanern ausgerüsteten und logistisch unterstützten salvadorianischen Streitkräfte können ihr Ziel, die Guerilla zu zerschlagen, offensichtlich nicht erreichen. In dem zermürbenden Kampf um Positionen hat die Zivilbevölkerung am meisten gelitten (seitdem die Armee ihre stärkste Waffe, den Bombenkrieg, eingesetzt hat). Im letzten Jahr begannen die Militärs, vermutete Guerilla-Stützpunkte gezielter zu bombardieren und die „Bombardements zur Abschreckung“ zu reduzieren. Die katholische Kirche hatte immer wieder an die Streitkräfte und die Regierung appelliert, die Zivilbevölkerung zu schonen und nicht als Mittel zum Zweck ins militärische Kalkül zu ziehen.

### Guerilla-Organisation will Machtbeteiligung

Die Guerilla-Organisation *FMLN* hat in den Gesprächen mit Kirchenvertretern zu erkennen gegeben, daß sie nicht mehr um die Machtübernahme in El Salvador kämpfe, sondern für eine „gerechte“ Beteiligung an der politischen Macht – eine Einsicht, die

auch von fehlenden Aussichten auf einen Sieg im Bürgerkrieg genährt wird. Die *FMLN* und ihr politischer Arm, die „Demokratisch-Revolutionäre Front“ (*FDR*), haben keine eigene Wahlplattform; sie bringen ihre (wahl-)politischen Vorstellungen in der „*Convergencia Democrática*“, einem oppositionellen Parteienbündnis links von den Christdemokraten, zu Gehör. Die bekanntesten Politiker der „*Convergencia*“, *Rubén Zamora* von der „Sozialchristlichen Volksbewegung“ (*MPSC*) und *Guillermo Ungo* („Nationalrevolutionäre Bewegung“ – *MNR*), bekleiden nach wie vor führende Positionen in der *FDR*. Sie kehrten erst im vergangenen Jahr aus dem Exil zurück. Die „*Convergencia*“ gab im August bekannt, sie wolle sich an den Präsidentschaftswahlen im März nächsten Jahres beteiligen.

Die USA, die das verarmte El Salvador mit zwei Millionen Dollar Wirtschaft- und Militärhilfe täglich am Leben halten, werden auch unter dem Nachfolger Reagans ein entscheidender Faktor bleiben. El Salvador soll zeigen, so der Titel einer kürzlich erschienenen amerikanischen Studie, ob „Amerika kleine Kriege gewinnen“ kann, ohne eigene Truppen in den Kampf schicken zu müssen. G. B.

## Auf dem mühsamen Weg zur Einheit

### Der ÖRK vierzig Jahre nach seiner Gründung

Mit Festgottesdiensten während der Zentralaussschußsitzung in Hannover (vgl. *HK*, September 1988, 446) und in Amsterdam, dem Ort der ersten Vollversammlung, feierte der Ökumenische Rat der Kirchen im August sein vierzigjähriges Bestehen. In der Botschaft der Amsterdamer Vollversammlung von 1948 an die Weltchristenheit hieß es: „Wir haben den festen Willen, beieinander zu bleiben.“ Dieser Wille hat in der bisherigen Geschichte des Ökumenischen Rates durch viele Spannungen und Krisen hindurch die Oberhand behalten. Derzeit steht der ÖRK mit seinen 307 Mitgliedskirchen vor der Grundfrage, welche Rolle er in der ökumenischen Bewegung spielen kann und soll (vgl. dazu auch das Interview mit Generalsekretär Emilio Castro, *HK*, August 1988, 366–371).

Das Jubiläumsjahr 1988 markiert einen Einschnitt für die gegenwärtige Arbeit des Ökumenischen Rates der Kir-

chen: Während die letzten Jahre seit der sechsten Vollversammlung in Vancouver (vgl. *HK*, September 1983, 402–407) und der Wahl des neuen Generalsekretärs vorwiegend der Aufarbeitung der Anstöße und Richtlinien der Vollversammlung von 1983 dienten, stehen die nächsten Jahre im Zeichen mehrerer großer Veranstaltungen. Ende Mai 1989 findet in San Antonio (Texas) eine Weltkonferenz für Mission und Evangelisation statt (unter dem Thema: „Dein Wille geschehe – Mission in der Nachfolge Jesu Christi“); vom 5. bis 13. März 1990 wird in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul die „Weltkonvokation“ über Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung abgehalten und für Anfang 1991 steht in der australischen Hauptstadt Canberra die siebte Vollversammlung des Weltrates an. (Sie wird, wie jetzt in Hannover beschlossen, unter dem Thema: „Komm heiliger Geist – erneuere die ganze Schöpfung“ stehen.)

## Wenig Begeisterung für den konziliaren Prozeß

Über die *Weltmissionskonferenz* (die letzte fand 1980 in Melbourne statt; vgl. HK, August 1980, 335–338) wurde auf der diesjährigen Tagung des Zentrallausschusses nicht mehr ausführlich gesprochen: Das Schwergewicht der Konferenz in San Antonio soll auf der Bibelarbeit und auf der Beschäftigung mit vier Unterthemen in vier Sektionen liegen (die Unterthemen: „Umkehr zum lebendigen Gott“, „Teilnehmen am Leiden und am Kampf“, „Die Erde ist des Herrn“, „Auf dem Weg zu erneuerter Gemeinschaft in der Mission“). Der Vorsitzende des Zentrallausschusses, EKD-Außenamts-Präsident *Heinz Joachim Held*, verwies in seinem Bericht auf die Suche nach einem ganzheitlichen Missionsverständnis, die die Arbeit des ÖRK seit seiner Vereinigung mit dem Internationalen Missionsrat 1961 bestimmt habe. Es gehöre zu den Grundüberzeugungen des Rates, daß der Missionsauftrag der Kirche umfassend sei: „Er gilt allen Menschen in allen Kulturen. Er geschieht durch alle Lebensäußerungen der Kirche: die Verkündigung des Evangeliums und das Tun des Guten; das Leben der Gemeinde in gegenseitiger Fürsorge und ihren Gottesdienst.“

Für die Weltversammlung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurde vom Exekutivausschuß des ÖRK eine Vorbereitungsgruppe (unter Leitung der Schweizerin *Marga Bübrig*, einer der sieben Präsidenten des Rates) eingesetzt, die Ende Juni dieses Jahres zu ihrer ersten Tagung zusammentrat. Die Ergebnisse dieser Tagung lagen dem Zentrallausschuß in Hannover vor: Nach den Vorstellungen der Vorbereitungsgruppe soll die Weltversammlung der „Ort sein, an dem sich die Kirchen gemeinsam dem Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichten und an dem sie diese Verpflichtung in gemeinsamen Glaubensbekenntnissen und Handlungen, die über konfessionelle und geographische Grenzen hinausgehen, sichtbar machen“. Die Versammlung soll eine *gemeinsame theologische Aussage* zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verabschieden. Als Hilfestellung dazu soll ein Vorbereitungsdokument erarbeitet und den Kirchen zur Stellungnahme zugeleitet werden. Für die einwöchige „Konvokation“ wurde eine liturgische Grundstruktur vorgeschlagen: Im Mittelpunkt der einzelnen Tage sollen nacheinander Lobpreis und Anbetung, Buße und Sündenbekenntnis, Wortverkündigung, Bekenntnis, Fürbitte, Verpflichtung und Aussendung stehen.

Die Aussprache in Hannover über die JPIC-Weltversammlung bzw. über den „konziliaren Prozeß“ zeigte allerdings deutlich, woran dieses auf die Vollversammlung von Vancouver zurückgehende Unternehmen (zur bisherigen Entwicklung vgl. HK, Februar 1988, 85–87) nach wie vor krankt: Der Funke ist längst nicht in allen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates übergesprungen. Während in den beiden deutschen Staaten, aber auch in den Niederlanden, intensive Bemühungen im Gange sind,

hat das JPIC-Projekt andernorts kaum Resonanz gefunden. Bei der Zentrallausschußsitzung wurde denn auch sehr viel Skepsis gegenüber der geplanten Konvokation laut. Ein Antrag des Erzbischofs von York, *John Habgood*, auf die Weltversammlung von 1990 zu verzichten und statt dessen die Anliegen des konziliaren Prozesses auf einer kleiner angelegten Tagung im Zusammenhang mit der nächsten Vollversammlung zu behandeln, wurde nur knapp abgelehnt. Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob es gelingt, ein substantielles und gleichzeitig konsensfähiges Vorbereitungsdokument für Seoul zu erarbeiten. Bei der Konvokation selber wird eine ernsthafte Beschäftigung mit der breit angelegten Thematik des konziliaren Prozesses schon aus Zeitgründen kaum möglich sein.

## „Sehnsucht nach der Einheit zurückgewinnen“

Daß die Themen der Weltversammlung von 1990 auch auf der siebten Vollversammlung des ÖRK in Canberra eine Rolle spielen werden, läßt sich schon an den Unterthemen ablesen, die in Hannover verabschiedet wurden: „Spender des Lebens – erhalte deine Schöpfung!“, „Geist der Wahrheit – mache uns frei!“, „Geist der Einheit – versöhne dein Volk!“, „Heiliger Geist – verwandle und heilige uns!“ Besonderes Gewicht soll in Canberra aber dem Bemühen um die *Einheit der Kirche* zukommen, das in der Verfassung des ÖRK als erste Zielsetzung genannt wird und von der letzten Vollversammlung in Vancouver an die Spitze der Programmrichtlinien für die Arbeit des Rates gesetzt wurde. Zentrallausschußvorsitzender Held sagte in seinem Bericht auf der Hannoveraner Tagung: „Ich bin der Überzeugung, daß es auf der kommenden Vollversammlung in Canberra zu einer erneuten Aussage über die Einheit, die wir suchen, kommen muß und zu einer glaubwürdigen Bekräftigung unseres gemeinsamen Willens, ‚auf diese Einheit zuzugehen, damit die Welt glaube‘.“ Die *Kommission für Glauben und Kirchenverfassung* wird für die Vollversammlung im Februar 1991 einen Entwurf für eine Erklärung zu „Die Einheit, die wir suchen“ erarbeiten. Dieser Text soll die Erkenntnisse früherer Vollversammlungen, neue Entwicklungen in der Ekklesiologie, die Fortschritte in den ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen und das Verhältnis zwischen Einheit und Sendung der Kirche berücksichtigen. Bei der nächsten Vollversammlung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung im August 1989 soll ein umfassender Bericht zur Auswertung der Antworten auf die Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt vorliegen, der dann den Kirchen unterbreitet wird.

Einen deutlichen Akzent auf das Thema Einheit setzte in Hannover Generalsekretär *Emilio Castro* in seinem Bericht, der aus Anlaß des ÖRK-Jubiläums umfassender und grundsätzlicher angelegt war als bei den letzten Tagungen des Zentrallausschusses. Ausgehend von der für die ökumenische Bewegung grundlegenden Spannung zwischen der in Gott schon gegebenen *Einheit der Kirche* und der

geschichtlichen Wirklichkeit der voneinander getrennten Kirchen stellte er fest, es sei von grundlegender Bedeutung, „daß wir die Christen aufrufen, sich neu zu verpflichten und mit Eifer nach möglichen Ausdrucksformen der Einheit zu suchen, die sie im gemeinsamen Gebet und in der gemeinsamen Anbetung des lebendigen Gottes bereits erfahren“; gleichzeitig müsse man alle Kräfte darauf konzentrieren, „diese Einheit zu beschreiben und mögliche Modelle dafür zu entwickeln“. Als erste Schlußfolgerung aus seiner Analyse von geschichtlicher Entwicklung und gegenwärtiger Situation des Ökumenischen Rates führte Castro an: „Wir müssen die leidenschaftliche Sehnsucht nach der Einheit zurückgewinnen und aus unserem Glauben erkennen, was sie von uns fordert; wir müssen verstehen, daß unsere Existenz in Christus von uns Gemeinschaft füreinander verlangt. Alle Programme des Ökumenischen Rates müssen dieser Vision, dieser Leidenschaft und dieser Überzeugung dienen.“

Der Generalsekretär markierte in seinem Bericht allerdings auch die *Spannungen*, die dem ÖRK zu schaffen machen: Seine Mitgliedskirchen gehören nicht nur verschiedenen konfessionellen Traditionen an, sondern auch sehr unterschiedlichen kulturellen Kontexten mit ihren jeweiligen theologischen und spirituellen Ausdrucksformen. Stellungnahmen zu politisch-gesellschaftlichen Fragen führten und führen zu Konflikten mit verschiedenen Mitgliedskirchen (Castro ging in diesem Zusammenhang auf das seinerzeit besonders umstrittene Antirassismusprogramm ein). Und der Ökumenische Rat ist ein Zusammenschluß von Kirchen, sieht sich aber auch als Motor und Anwalt von Gruppen und Bewegungen, die ihr christliches Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung neben und teilweise in Spannung zu den offiziellen kirchlichen Strukturen verwirklichen. Diese Spannung, auf die schon der erste ÖRK-Generalsekretär *Willem A. Visser't Hooft* bei der Vollversammlung von Amsterdam aufmerksam gemacht hatte („Ein anderes wichtiges Problem der Struktur liegt in dem rechten Gleichgewicht zwischen dem offiziellen und repräsentativen Prinzip auf der einen Seite und dem Bedürfnis nach spontaner und nicht offizieller Initiative auf der anderen Seite“), hatte sich in den späten sechziger Jahren verschärft. Damals verstand sich der Rat als ökumenische Avantgarde, die, auf Gruppen und Bewegungen gestützt, die trägen Mitgliedskirchen vor allem Europas und Nordamerikas zu entschiedenerem Sprechen und Handeln im weltweiten gesellschaftlich-kulturellen Befreiungsprozeß herausfordern müsse.

## Widerstände gegen die Frauenquote

Generalsekretär Castro war in diesem Punkt bei seinem Rechenschaftsbericht vor dem Zentralausschuß um *Ausgleich* bemüht. Daß die Kirchen inzwischen eine größere Verantwortung für die Aktivitäten des Rates übernommen hätten, lobte er als „guten Schritt vorwärts auf dem ökumenischen Weg“. Aber diese intensivere Beteiligung

der offiziellen Kirche dürfe nicht um den Preis eines Vitalitätsverlusts geschehen, „weil der Kontakt zu den Hunderttausenden von christlichen Freiwilligengruppen verlorenginge, die ihren christlichen Gehorsam in der Erfüllung besonderer Aufgaben leben“. Castro befürwortete so einerseits die Bestrebungen des Rates, den Prozentsatz von Frauen und Jugendlichen in den verschiedenen ÖRK-Gremien zu erhöhen, um auf diese Weise eine angemessene Repräsentanz des Kirchenvolkes zu erreichen, wies gleichzeitig aber auch auf die damit verbundenen Probleme hin. Man müsse, so sein Kompromißvorschlag, beides aufrechterhalten, „die uneingeschränkte Mitwirkung von Frauen und jungen Menschen in den Leitungsorganen des ÖRK und die Erfahrung und Unterstützung der gewählten Kirchenführer“.

Eine *Kompromißformel* stand dann auch am Ende der Diskussion des Zentralausschusses über die vom Exekutiv-ausschuß vorgeschlagenen Quotenregelungen für die Delegierten der nächsten Vollversammlung (40 Prozent Frauen und 15 Prozent Jugendliche unter 27). Man einigte sich auf die Formulierung, es solle die möglichst umfassende Partizipation des ganzen Gottesvolkes („Klerus, Laien, Jugendliche, Behinderte, Opfer der Gesellschaft usw.“) in Leben und Arbeit des Ökumenischen Rates wie auch bei seinen Versammlungen sichergestellt werden, „im Bemühen, die vom ÖRK vorgeschlagenen Zielsetzungen zu erreichen und in Übereinstimmung mit den Traditionen und der Praxis der einzelnen Mitgliedskirchen“.

Der heftigste Widerstand gegen die Festlegung einer Frauenquote kam auch bei der diesjährigen Zentralausschußtagung *von orthodoxer Seite*. Die orthodoxen Kirchen widersetzten sich der Forderung nach der Ordination von Frauen als Konsequenz ihrer stärkeren Einbeziehung in kirchliche Entscheidungsstrukturen ebenso wie Veränderungen der traditionellen theologischen Sprache unter dem Einfluß feministischer Theologie. Die entsprechenden orthodoxen Gravamina kamen in Hannover auch bei der Diskussion über die vom Ökumenischen Rat ausgerufene „Ökumenische Dekade zur Solidarität der Kirchen mit den Frauen“ zum Ausdruck. Diese vom Zentralausschuß 1987 gutgeheißene und Ostern 1988 offiziell begonnene Dekade soll, so der Arbeitsbericht der dafür zuständigen Programmeinheit, „die Kirchen bewegen, sich selbst von Rassismus, Sexismus und Klassendenken sowie von Lehren und Praktiken, die Frauen diskriminieren, zu befreien“. Die Kirchen sollen eine „gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in Führungspositionen und Entscheidungsprozessen, in der theologischen Arbeit und bei der Gestaltung des geistlichen Lebens fördern“.

Der Zentralausschuß äußerte nach kontroverser Aussprache mehrheitlich Zustimmung zu Richtung und Entwicklung der Frauendekade. Sie wird aber in den nächsten Jahren sicher weiteren Zündstoff für die Gemeinschaft der Kirchen im Ökumenischen Rat liefern. Das gilt ebenso für die Frage des *Verhältnisses zu den nichtchristlichen Religionen*, die in Hannover im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die nächste Vollversammlung zur

Sprache kam. Der Vorschlag, in die vorbereitende Beschäftigung mit dem Thema für Canberra auch Angehörige nichtchristlicher Religionen einzubeziehen, stieß im Zentralaussschuß auf starke Bedenken nicht nur, aber gerade auch von orthodoxen Delegierten und wurde mehrheitlich abgelehnt. Daß die orthodoxen Anliegen und Einwände auf der siebten Vollversammlung selber einiges Gewicht haben werden, ergibt sich schon aus ihrer quantitativen Präsenz: In Canberra werden die orthodoxen Mitgliedskirchen ein Viertel der Delegierten stellen.

## Wie geht es weiter im Verhältnis zu Rom?

Auf Vollversammlungen wie auf Zentralaussschußtagungen des ÖRK werden jeweils *Stellungnahmen zu aktuellen politischen Entwicklungen* verabschiedet. Auch die Jubiläumstagung in Hannover machte hier keine Ausnahme. Neben Erklärungen zur Lage in Südafrika, zum Flüchtlings- und Asylantenproblem und zum vierzigsten Jahrestag der UN-Menschenrechtserklärung wurde auch eine Stellungnahme zu den gegenwärtigen politischen Veränderungen in marxistisch regierten Staaten verabschiedet. Diese Veränderungen, so der Text, hätten tiefgreifende und positive Implikationen für Leben und Zeugnis der Kirchen in diesen Gesellschaften und für die ökumenische Gemeinschaft. Auf eine mehrfach angeregte Erklärung zur Politik Rumäniens gegenüber seinen nationalen Minderheiten verzichtete der Zentralaussschuß, nachdem Metropolitan *Antonie* von der rumänisch-orthodoxen Kirche bei einer Fortsetzung der Diskussion über dieses Thema mit seinem Auszug aus der Sitzung gedroht hatte. Dagegen scheiterten orthodoxe Delegierte aus dem Nahen Osten mit ihrer Forderung, aus der Resolution zur Situation im Nahen Osten einen Halbsatz zu streichen, in dem Garantien auch für die Sicherheit des Staates Israel als Ziel einer internationalen Nahostkonferenz genannt wurde.

Auf der Zentralaussschußsitzung Anfang 1987 in Genf (vgl. HK, März 1987, 132–135) war in Aussicht gestellt worden, das Gremium werde sich in Hannover ausführlich mit dem *Verhältnis zwischen dem Ökumenischen Rat und der katholischen Kirche* befassen. Daß dieser Punkt jetzt nicht in extenso behandelt, sondern auf die Tagung des Zentralaussschusses im Juli nächsten Jahres in Moskau verschoben wurde, könnte mit der Ende 1987 eingegangenen negativen römischen Antwort auf die Aufforderung des ÖRK, gemeinsam mit dem Rat zur JPIC-Konvokation einzuladen, und der damit entstandenen Situation zusammenhängen. Der gegenwärtige Stand der Zusammenarbeit zwischen katholischer Kirche und Ökumenischem Rat wird in einem Papier des Genfer Stabs beschrieben, das vor der Zentralaussschußtagung ausgearbeitet wurde. Das Papier lobt die „herzliche und kreative Atmosphäre“ in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von ÖRK und katholischer Kirche, hält aber auch fest, daß sie aufgrund ihres Status, ihrer mit vielen Einzelfragen beladenen Tagesord-

nung und der begrenzten Zeit für ihre jährlichen Treffen keine tiefgehende Arbeit leisten könne. Die unterschiedliche Struktur von ÖRK und katholischer Kirche bringe für die Zusammenarbeit gewisse Beschränkungen mit sich; in verschiedenen theologischen, ethischen und sozio-politischen Fragen bestünden wichtige Divergenzen. Auch die unterschiedliche Art und Weise, in der offizielle Stellungnahmen erarbeitet würden, hätten erhebliche Konsequenzen für die ökumenischen Beziehungen.

Die *katholische Mitarbeit bei der Vorbereitung der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* hat inzwischen feste Formen angenommen. Wie im Brief von Kardinal Willebrands an Generalsekretär Castro vom Dezember 1987 angekündigt, hat Rom zwei katholische Mitarbeiter für den JPIC-Stab und fünf Mitglieder für die Vorbereitungsgruppe ernannt. Wichtigster Sektor der Zusammenarbeit bleibt aber nach wie vor die katholische *Beteiligung an der Arbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung*: So zeichnet für das Studienprojekt über den Apostolischen Glauben, in dessen Rahmen Anfang dieses Jahres das Dokument „Den einen Glauben bekennen“ vorgelegt wurde (vgl. HK, Mai 1988, 220 f.), eines der katholischen Mitglieder der Kommission, der kanadische Dogmatiker *Jean-Marie Tillard*, verantwortlich.

## Die Ziele müssen klar sein

In seinem Bericht vor dem Zentralaussschuß ging Emilio Castro auf das Verhältnis der katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat nicht ausführlich ein. Er erwähnte (wie in seinem HK-Interview) die Äußerung des Ökumenischen Patriarchen Dimitrios bei seinem Besuch in Genf im Dezember 1987 (Dimitrios hatte von der Hoffnung gesprochen, daß die „vollständige Eingliederung“ der katholischen Kirche in den ÖRK nicht mehr lange auf sich warten lasse), sprach von einer ständigen Aufwärtsentwicklung der Mitarbeit der katholischen Kirche an den Programmen des Rates, „wenn auch mit Höhen und Tiefen“, und verwies auf den nächsten Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe, der die Grundlage für die Beschäftigung mit dem Verhältnis ÖRK – Rom auf der Vollversammlung 1991 abgeben wird.

Von der siebten Vollversammlung wird für den Ökumenischen Rat einiges abhängen. Sollte es in Canberra gelingen, auf der Grundlage entsprechender Vorarbeiten von Faith and Order sich auf eine neue gemeinsame Aussage über die angestrebte Einheit zu einigen, wäre das ein wichtiger Anstoß nicht nur für den weiteren Weg des ÖRK, sondern für die ökumenische Bewegung überhaupt. Vancouver stand, was das Thema Einheit anbelangt, vor allem im Zeichen der ein Jahr zuvor verabschiedeten Lima-Erklärungen und beschränkte sich im einschlägigen Dokument auf knappe Hinweise zu den Merkmalen einer Einheit der getrennten Kirchen. Gerade die inzwischen vorliegenden Antworten der Kirchen auf Lima sind Anlaß, jetzt eine *umfassende Bestandsaufnahme*

des ökumenischen Wegs anzugehen und dabei neu nach der Rolle und den Möglichkeiten des Ökumenischen Rates zu fragen.

Emilio Castro kam in seinem Bericht vor dem Zentralausschuß auch auf mögliche Veränderungen in der Arbeitsweise des ÖRK zu sprechen: „Möglicherweise führt unsere derzeitige Organisationsform auf unabsehbare Zeit zu immer neuen Programmen und verzettelt unsere menschliche Kraft in unabhängig voneinander operierende Abteilungen und hindert damit die Kirchen daran,

alle Arbeit zu begleiten, die in ihrem Namen geschieht.“ Er stellte zur Diskussion, ob es nicht in Zukunft eine flexiblere Organisationsform bräuchte als die derzeitigen Programmeinheiten. Ob es in absehbarer Zeit zu einer durchgreifenden organisatorischen Reform in der Arbeit des ÖRK kommt, läßt sich im Jubiläumjahr nicht absehen. Vermutlich liegen die Zukunftschancen des Rates in der ökumenischen Bewegung aber am ehesten in der Verbindung von Klarheit in den grundlegenden Zielsetzungen und Flexibilität in der konkreten Arbeit. *Ulrich Rub*

## „Vermitteln, daß Normalität auch ein Wert ist“

### Ein Gespräch mit Wolfgang Schäuble

„Probleme der Politikvermittlung“ war das Thema des folgenden Interview-Gesprächs mit dem Chef des Kanzleramtes, Bundesminister Wolfgang Schäuble. Anlaß dazu waren die gerade bei der jüngsten Steuerreform sichtbar werdenden Symptome eines Auseinanderfallens zwischen politisch-parlamentarischer Willensbildung und öffentlicher Meinung. Schäubles Grundthese: Akzeptanz beim Bürger lasse sich erst durch die politische Entscheidung selbst schaffen; der politische Streit sei notwendig, weil freiheitsstiftend, aber solange kontrovers diskutiert werde, übertreffe die Ablehnung notwendigerweise die Zustimmung. Die Fragen stellte David Seeber.

*HK:* Herr Minister Schäuble, Demoskopen bestätigen Politikern Vertrauensverlust bei der Bevölkerung, Intellektuelle – siehe einen Beitrag von Hans Magnus Enzensberger vor nicht allzu langer Zeit in der „Zeit“ – konstatieren Machtverlust der Politiker im Blick auf die Organisation von öffentlicher Meinung, und Politiker selbst klagen über Überforderung durch ungestüme Politikerwartungen der Bevölkerung. Da mag schwer zu beurteilen sein, was zutrifft und was nicht zutrifft, was stimmt und was nicht stimmt. Sicher stimmt einiges in der Politikvermittlung nicht. Aber was?

*Schäuble:* Wenn die von Ihnen angesprochenen Probleme und Stimmungen mit – möglicherweise unzulänglicher – Politikvermittlung zusammenhängen sollten, dann müßte ich ja mehr als jeder andere in der Lage sein, es zu ändern. Insofern bin ich bei der Beantwortung Ihrer Frage ein wenig zögerlich ...

*HK:* Möglicherweise ist es naiv, den Minister in der Regierungszentrale zu fragen, wo es in der Politikvermittlung klemmt. Aber wenn es klemmt, haben gewiß Sie zuallererst eine Meinung dazu, vor allem wenn geklagt wird, Politik werde blaß, unkenntlich, undeutlich.

*Schäuble:* Ich finde es völlig in Ordnung, daß Politik nach einer Aufwärtsentwicklung von über 40 Jahren wenig auf-

regend wirkt. Die außenpolitische Situation ist alles in allem nicht von großen Krisen gekennzeichnet. Die Wirtschaft hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert; das soziale Klima ist – bei allen Problemen, die wir z. B. mit der hohen Arbeitslosigkeit haben – sehr gut. In einer so langen Periode von Wohlfahrt reduziert sich Politik zwangsläufig ein Stückweit auf Normalmaß. Was wir lernen müssen: unterscheiden, was Politik in demokratisch-pluralistischen Staaten leisten kann, und auseinanderhalten, was Menschen kurzfristig erregt und in den Medien sich entsprechend niederschlägt und was mittelfristig wichtig ist. Nirgends ist es wichtiger als in der Politik, zwischen Kurzzeit- und Langzeitgedächtnis zu unterscheiden. Um mittel- und langfristig seriös zu sein, müssen wir versuchen, die kurzfristigen Erregungen zu dämpfen.

### „Politik kann nicht die ganz großen Veränderungen leisten“

*HK:* Sie gehen das Problem von der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik her an. Aber macht nicht gerade Erfolg die Leute politisch anspruchsvoller, während der politische Apparat zu verkrusten droht?

*Schäuble:* Ich kann den Tatbestand, den Sie beschreiben, nicht bestreiten. Aber ich denke, daß wir gerade deswegen lernen müssen, sowohl auf unserer Seite wie auf der Seite derjenigen, die Erwartungen an die Politik formulieren, bescheidener zu werden. Politik kann gerade in einem freiheitlichen Staat nicht alles leisten, was von ihr erwartet wird. Es ist auch gar nicht ihre Aufgabe ...

*HK:* Sondern ...

*Schäuble:* Aufgabe der Politik ist es, auf der Basis eines trotz Unbehagens und ständiger Erregung breiten Grundkonsenses über die Qualität des Gemeinwesens Bundesrepublik das Maß an Freiheit, das uns gegeben ist, zu